

# Ratsgruppe ‚GRÜNE und GfW‘ im Stadtrat Wilhelmshaven




## Ratsantrag

### Cannabis-Modellprojekt in Wilhelmshaven

#### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat steht der Beteiligung an einem Modellprojekt zum Aufbau einer legalen Produktions- und Lieferkette und einem legalen Vertrieb von Cannabis an die örtliche erwachsene Bevölkerung positiv gegenüber.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung:
  - a) das Interesse der benachbarten Kommunen abzufragen, gemeinsam eine Modellregion zu bilden und dieses (ggf. gemeinsame) Interesse gegenüber der Bundes- und der Landesregierung zu bekunden.
  - b) Interessierte seriöse Unternehmen frühzeitig die notwendige Unterstützung bzw. Zusammenarbeit der Behörden zuzusagen, wenn diese ein Cannabis-Abgabe-Modellprojekt einrichten wollen.
  - c) Die Fachstelle Sucht der Diakonie Friesland-Wilhelmshaven frühzeitig über den Stand der Dinge zu informieren, anzuhören und in die Überlegung einzubinden.

#### Begründung:

Die vom Bundeskabinett am 12. April 2023 verabschiedeten Eckpunkte eines Zwei- Säulen-Modells zur Legalisierung von Cannabis sehen in der zweiten Säule wissenschaftlich begleitete Modellprojekte vor. Im Rahmen dieser, in verschiedenen Regionen vorgesehenen Modellprojekte, soll es Unternehmen erlaubt sein, Cannabis zu Genusszwecken zu produzieren, zu vertreiben und in einem staatlich lizenzierten Rahmen an erwachsene Einwohnerinnen und Einwohner der Modellregion zu verkaufen.

# Ratsgruppe ‚GRÜNE und GfW‘ im Stadtrat Wilhelmshaven



Der bisherige Ansatz, durch ein Verbot dafür sorgen zu wollen, dass die Menschen kein oder zumindest weniger Cannabis konsumieren, ist gescheitert. Nach Angaben des „European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction“ haben in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland ebenso wie in der Alterskohorte der 25- bis 34- Jährigen über 40 Prozent Cannabis als Suchtmittel mindestens einmal probiert.

Wer Cannabis konsumieren will, bekommt es schon heute ohne Probleme – auch Jugendliche. Der unregulierte Verkauf über den Schwarzmarkt ist aber gerade hinsichtlich des Wirkstoffes, also der Stärke und der Beimischung anderer Substanzen, besonders problematisch. Durch die auf dem Schwarzmarkt häufige Streckung mit anderen Kräutern und bleihaltigen Substanzen entstehen zusätzliche gesundheitliche Gefahren.

Auch der Konsum von legal angebautem Cannabis ist nicht gesund. Mit der Legalisierung ist es jedoch möglich, die Bürgerinnen und Bürger Wilhelmshavens vor den zusätzlichen gesundheitlichen Risiken des Erwerbs auf dem Schwarzmarkt zu schützen. Und genau das ist auch unsere politische Aufgabe als politisch Verantwortliche unserer Stadt und Region. Zudem ermöglicht das Entkriminalisieren auch einen leichteren Zugang zu professioneller Hilfe, wenn suchterkrankte Menschen ihre Sucht überwinden wollen.

Da die Abgabe von Cannabis ausschließlich an Erwachsene mit Wohnsitz innerhalb der Modellregion erlaubt ist, muss nicht befürchtet werden, dass ein Modellprojekt in unserer Kommune Suchtbetroffene aus anderen Regionen anzieht. Mit dem Modellprojekt schaffen wir kein Drogen-Eldorado, sondern wir schützen die Menschen bei uns vor Ort vor den genannten bereits vorhandenen negativen Folgen des Schwarzmarkthandels. Der Antrag zielt darauf, mehr Sicherheit auch in Hinblick auf die Gefahrenprävention zu erreichen und im Rahmen des Gesundheitsschutzes vorzubeugen vor dem unkontrollierten illegalen Anbau und Handel.

Wilhelmshaven, den 13.06.2023

Br. Franziskus/Miguel Schaar (Gruppensprecher)

Antje Kloster (stellv. Gruppenvorsitzende)